

Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>Das Soziale wieder mehr ins Zentrum stellen</u> Empfehlungen für Pflege, Familiennachzug, Rentenpolitik und Wohnungsbau	S. 2
<u>Teilhabe von Menschen mit Behinderung</u> Gesetzentwurf zum Bundesteilhabegesetzes in Landtag eingebracht	S. 5
<u>Diakonie begrüßt Aufbau von Strukturen lokaler Pflege</u> Kleine Kommunen brauchen finanzielle und beraterische Unterstützung	S. 6
<u>Arbeitsmarkt: Statistik genauer ansehen</u> Positiven Verlautbarungen müssen genauer angesehen werden	S. 7
<u>Landesförderprogramm "Gemeinsam sind wir bunt"</u> Prozessbegleitung durch Diakonie Württemberg abgeschlossen	S. 9
<u>Diakonie Journalistenpreis 2018 ausgeschrieben</u> Bewerbungen ab jetzt möglich	S. 11
<u>„Good Governance mit dem neuen Diakonie-Kodex“</u> Wie sieht zukunftsfähige Diakonie aus?	S. 12
<u>Hoffnung für Osteuropa – Reise nach Samara in Russland</u> Reise nach Samara in Russland	S. 14

Aus den Regionen

<u>„Grüne Tagung“ – Gärtner, Landwirte und Landschaftspfleger in Marienberg</u> Mitarbeitende aus diakonischen Einrichtungen in Württemberg bilden sich weiter	S. 15
<u>Video-Home-Training®-Kurs: Erziehen durch guten Kontakt</u> Chance, neue Umgangsformen zwischen Eltern und Kindern einzuüben	S. 16

Kurznachrichten S. 14

Personalnachrichten S. 15

Redaktion: Anna Gieche

Das Soziale wieder mehr ins Zentrum stellen

Die Diakonie Württemberg wünscht der neuen Regierung ein segensreiches Wirken und gibt ihr Erwartungen und Empfehlungen mit auf den Weg.

Stuttgart. Einen Fahrplan der Parteien zur **Reformierung der Pflegeversicherung** vermisst die Diakonie Württemberg. „Ohne eine strukturelle Reform der Pflegeversicherung ist die Pflege alter Menschen in Deutschland langfristig nicht gewährleistet“, betont Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Dazu gehören zum Beispiel die Gleichbehandlung der stationär Gepflegten mit den ambulant Versorgten. Derzeit bezahlen in Heimen versorgte Menschen einen höheren Eigenanteil. „Für eine Strukturreform der Pflege ist eine grundlegende Verbesserung des Finanzierungssystems notwendig. Darüber muss ein gesellschaftlicher Diskurs begonnen werden. Diese Chance ist vertan worden.“

Die angekündigten 8.000 zusätzlichen Pflegekräfte bringen nach Ansicht der Diakonie bei Weitem nicht die benötigte Entlastung in den Pflegeheimen. „Gleichzeitig begrüßen wir das Bekenntnis zur angemessenen und tariflichen Entlohnung, die wir in der Diakonie bereits seit Langem anwenden. Wir werden nur dann genügend Mitarbeiter in der Pflege gewinnen, wenn diese durch ihr Einkommen einen auskömmlichen Rentenanspruch erwerben können“, sagt Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg

Die Ergebnisse der jetzigen Verhandlungen zum **Familiennachzug** lassen nach Meinung des Diakonischen Werks Württemberg im Vergleich zu den Ergebnissen der Sondierungsgespräche keine ausreichenden Nachbesserungen erkennen. „Die Einheit der Familie ist ein hohes Gut“, mahnt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, „das auch verfassungs- und völkerrechtlich Schutz und Begründung findet.“ Durch die verlängerte Aussetzung des Familiennachzugs bis 31. Juli 2018 werde subsidiär Schutzberechtigten dieses Recht weiter vorenthalten. Kaufmann sieht auch die Gefahr, dass die Aussetzung auf unbestimmte Zeit weitergeführt wird, sollte es bis zum Stichtag keine gesetzliche Neuregelung geben. Dies bedeutet nach Auffassung des Diakonischen Werks Württemberg eine „ernste Gefährdung des Gebots auf Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes durch den Rechtsstaat gegenüber den subsidiär Schutzberechtigten“. Aus den langjährigen Erfahrungen der Diakonie in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit steht dies konträr zur Bestrebung nach Integration in die Gesellschaft, denn „Integration braucht Familie“, so Kaufmann weiter. Besondere Beachtung verlange hier auch das Kindeswohl von unbegleiteten Minderjährigen, das keinen weiteren Aufschub der Familienzusammenführung zulasse. Die angestrebte Deckelung des Familiennachzugs aus humanitären Gründen auf 1.000 Personen ab 1. August 2018 sieht Kaufmann kritisch. „Das Recht auf Familie darf nicht auf einen Akt der Gnade durch die zuständigen Behörden heruntergesetzt werden“.

Union und SPD planen Verbesserungen bei den **Renten**. Nach Einschätzung der Diakonie gehen diese Pläne in die richtige Richtung, weil für keine andere Altersgruppe das Armutsrisiko so schnell wächst wie für die Gruppe der über 65-Jährigen. Dennoch sind die einzelnen Maßnahmen nicht ausreichend und unbefriedigend.

Grundsätzlich soll das aktuelle Rentenniveau von 48 Prozent beibehalten werden. Mit den anderen im Landesbündnis gegen Altersarmut zusammengeschlossenen 34 Organisationen geht die Diakonie davon aus, dass das Rentenniveau wieder auf mindestens 50 Prozent angehoben werden muss. Das dies möglich ist, zeigt auch die aktuelle Entscheidung, die Rentenbeiträge von 18,7 auf 18,6 Prozentpunkte abzusenken. Diese Absenkung wurde damit begründet, dass die Rentenversicherung ansonsten die ihr gesetzlich möglichen Rücklagen übersteigen würde. „Man hätte aber auch den Beitragssatz stabil halten und die Renten, insbesondere die niedrigen Renten, anheben können“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Eine solche Absicherung niedriger Renten dürfe nicht auf Menschen begrenzt werden, die mindestens 35 Beitragsjahre vorzuweisen haben. Es seien die politisch gewollten Änderungen im Arbeitsrecht, die dazu geführt haben, dass es zunehmend Menschen gibt, die aufgrund ihrer prekären Beschäftigungsverhältnisse sehr lückenhafte Berufsbiographien vorweisen können. „Gerade diese Menschen werden doppelt bestraft, wenn man sie von der Absicherung im Alter ausschließt. Es muss möglich sein, Menschen mit geringen Renten unterhalb der Armutsgrenze einen Aufstockungsbetrag zuzubilligen, damit sie keine ergänzenden Sozialleistungen beantragen müssen. Dann ließen sich auch die verwaltungsaufwendigen Extraregelungen für Ostrentnerinnen sparen.“

Grundsätzlich ist wichtig, dass die versicherungsfremden Leistungen zur Aufstockung der niedrigen Renten und für die Mütterrente nicht aus Beitragszahlungen, sondern aus Steuermitteln erbracht werden. Dass die Verbesserungen mehrere Milliarden Euro kosten, darf nicht erschrecken, wenn man bedenkt, dass allein das Volumen der von der Politik gerade zur Debatte gestellten Solidaritätssteuer jährlich 18,5 Prozent Milliarden Euro ausmacht. Dieses Volumen würde mehr als ausreichen, um die notwendigen Rentenleistungen zu finanzieren.

Kaufmann resümiert: „Wenn man bedenkt, dass sowohl die Wiedervereinigung wie auch die Bewältigung der Finanzkrise zu einem großen Teil den Sozialhaushalten aufgebürdet worden ist und zu Leistungsverschlechterungen geführt hat, dann wird deutlich, dass es jetzt an der Zeit ist, das Soziale wieder mehr ins Zentrum zu stellen und – von den Kinderkrippen bis zu den Rentenleistungen – auch wieder ausreichend zu finanzieren.“

Auch für den **Wohnungsbau** braucht es Investitionen. Die Koalitionäre haben die Probleme am Wohnungsmarkt erkannt und auch die richtigen Handlungsschlüsse gezogen. „Eigentlich alles richtig, nur nicht in den erforderlichen Dimensionen.“ Gerade für arme Menschen oder Menschen im

unteren bis mittleren Lohnsegment werden die Probleme nicht umfassend gelöst. So reichen zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau gerade für 40.000 Wohnungen. Geht man davon aus, dass die Länder diese Summe verdoppeln, werden 80.000 Sozialwohnungen entstehen. Klingt viel. Die noch geschäftsführend tätige Bundesbauministerin Hendricks hat allerdings 80.000 Wohnungen pro Jahr für die kommenden Jahren als notwendig angesehen – und eben nicht einmalig. Instrumente wie das Baukindergeld oder verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten fördern die Eigentumsbildung und können mittelfristig den überhitzten Wohnungsmarkt entzerren, sagt Kaufmann.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. begrüßt den in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg.

Stuttgart. Der Gesetzentwurf setzt erste Eckpunkte für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg. Er eröffnet so Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung und individuelle, personenzentrierte Unterstützungsangebote dort, wo die Menschen leben und wohnen. Er sieht vor, dass die 44 Stadt- und Landkreise weiterhin Leistungsträger der Eingliederungshilfe sind.

Die Art und der Umfang der Unterstützung im ganzen Land müssen vergleichbar sein. Betroffene Menschen und ihre Angehörigen müssen sich auch etwa bei einem Umzug darauf verlassen können, dass die Unterstützung weitergeht. Deshalb ist es wichtig, dass alle Leistungsangebote in Baden-Württemberg einen gleichen Standard aufweisen.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege fordert vor diesem Hintergrund, dass landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse und gleiche Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung gewährleistet sind. Das müsse in jedem Fall Grundlage der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg sein.

Der Umfang der Unterstützung darf nicht davon abhängig sein, wo Menschen wohnen und wie die Kassenlage ist. Deshalb muss sichergestellt werden, dass der Hilfebedarf landesweit und unabhängig auf die gleiche Art und Weise ermittelt wird. Es muss transparent und nachvollziehbar sein, welche Leistung in welchem Umfang gewährt wird. Denn es macht einen Unterschied, ob Betroffene etwa Assistenz in einer Gruppe oder einzeln erhalten. Diese Nachvollziehbarkeit brauchen auch die Anbieter von Leistungen. Denn nur so wissen sie, was von ihnen erwartet wird und was finanziert wird. Damit Transparenz so weit wie irgend möglich gegeben ist, müssen Bedarfe zeitbasiert erhoben werden.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege wird sich im weiteren Gesetzgebungsprozess und in der Umsetzung dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen ein verlässliches Angebot an Unterstützung und Hilfe in Baden-Württemberg vorfinden. Das Bundesteilhabegesetz schreibt vor, dass schon zum 1.1.2020 die neuen Verfahren und Angebote stehen müssen. Die Zeit drängt also. Deshalb ruft die Liga alle Beteiligten dazu auf, die offenen Fragen zügig zu klären. Damit Teilhabe und Selbstbestimmung noch mehr Wirklichkeit werden im Leben der betroffenen Menschen.

Weitere Informationen: Dorothea Lampke, Koordinatorin BTHG-Projekt, Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.,
Tel.: 0151 72209145, www.liga-bw.de

Diakonie begrüßt Aufbau von Strukturen lokaler Pflege

Kleine Kommunen brauchen finanzielle und beraterische Unterstützung. Die Diakonie Württemberg begrüßt die Ankündigung des Ministers für Soziales und Integration Manne Lucha, die Kommunen beim Aufbau lokaler Beratungs- und Hilfestrukturen in der Pflege zu unterstützen.

Stuttgart. „Angesichts der ständig wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen ist es höchste Zeit, lokal etwas zu tun“, betont Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Pflege geschehe immer dort, wo Menschen leben. „Pflegebedürftigkeit darf nicht dazu führen, zu vereinsamen. Das gilt sowohl für pflegebedürftige Menschen und auch für pflegende Familienmitglieder.“

Gerade in ländlichen Regionen sind die Wege zur nächsten Beratungsstelle oder zum Spezialisten sehr weit. „Allerdings müssen gerade die kleinen Kommunen durch Beratung und eine Anschubfinanzierung dabei unterstützt werden, gut erreichbare Angebote aufzubauen.“

Die 400 im Land tätigen Diakoniestationen und diakonischen Pflegeheime stehen laut Kaufmann den Kommunen als Partner bei der Bewältigung dieser Aufgabe „mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung gerne zur Seite“.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Arbeitsmarkt: Statistik genauer ansehen

Die positiven Verlautbarungen zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt müssen genauer angesehen werden. Darauf macht die Diakonie Württemberg aufmerksam.

Stuttgart. Die Zahl der Unterbeschäftigten – derer, die krank oder in Maßnahmen, aber eigentlich auch arbeitslos sind, fällt mit 297.337 deutlich höher aus als die der registrierten Arbeitslosen und ist gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich geringer gefallen als die Arbeitslosenzahl (-0,5 statt -2,1%).

Der Bericht der Arbeitsagentur weist aus, dass im Dezember zwar 67.549 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, dass aber nur 20.246 oder 30 Prozent dieser Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen konnten.

Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich besonders an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose, die im SGB-II-Bereich jetzt bei 589 Tagen liegt und im langfristigen Trend weiterhin steigt. Sie beträgt zwar genauso viele Tage wie im Vormonat, aber 6 Tage mehr gegenüber dem Vorjahresmonat..

Die Zahl der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen von 4.551 Plätzen ist gegenüber einer Gesamtzahl von 58.037 Langzeitarbeitslosen mehr als ungenügend.

Insgesamt werden den baden-württembergischen Jobcentern 2018 mehr als 17,3 Millionen Euro weniger für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehen, und zusätzlich wird weiterhin ein erheblicher Teil der Eingliederungsmittel für die Verwaltungskosten der Jobcenter verwendet werden müssen.

Die im Wahlkampf versprochene Unterstützung von Langzeitarbeitslosen verkehrt sich in ihr Gegenteil. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung der Eingliederungsmittel um bundesweit eine Milliarde Euro pro Jahr gleicht nicht die Kürzungen aus, die in den vergangenen Jahren vorgenommen waren, und sie kann für 2018 schon nicht mehr umgesetzt werden. Vielmehr hat die verzögerte Regierungsbildung im Bund für die Arbeitsagenturen und Jobcenter zur Folge, dass sie einer „vorläufigen Haushaltsführung“ unterliegen und damit nur einen Teil der geplanten Haushaltsmittel einsetzen dürfen.

Die Diakonie fordert die Bundesregierung und alle Parteien im Bundestag dringend dazu auf, diese Fehlentwicklung zu korrigieren.

Die Diakonie fordert, die positive wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, um Langzeitarbeitslosen durch eine qualifizierte öffentlich geförderte Beschäf-

tigung die Teilhabe an Arbeit zu ermöglichen und eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Landesförderprogramm "Gemeinsam sind wir bunt"

Mit Ende des Jahres 2017 fand auch das vom Ministerium für Soziales und Integration aufgelegte Programm "Gemeinsam sind wir bunt" seinen offiziellen Abschluss. Mitte 2015 waren 25 Projekte an den Start gegangen, um Empfehlungen der Landesengagementstrategie im jeweiligen Sozialraum modellhaft umzusetzen.

Stuttgart. Neben den kommunalen Fachberatungen für Bürgerschaftliches Engagement hatte die Diakonie Württemberg im Auftrag der Liga eine der vier Prozessbegleitungen übernommen. Sechs Projekte hat die Diakonie Württemberg beraten und unterstützt. Mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten deckten die Projekte wesentliche Bereiche ab, die auch in der Engagementstrategie als zentrale Handlungsfelder beschrieben sind.

So haben in Tettngang die Liebenau Teilhabe gGmbH und die Diakonie Pfingstweid gemeinsam mit der Stadt unter anderem vier öffentliche Themenabende zu ausgewählten Aspekten der Inklusion (Gesundheit, Arbeit, Mobilität, Alter) durchgeführt. In der Folge haben erstmals auch Menschen mit Behinderungen am so genannten Bürgermentoren-Kurs teilgenommen. Dafür wurden neben entsprechenden Kursinhalten auch Schulungsmaterialien in Leichter Sprache entwickelt. Aus dem Kurs heraus entstanden Angebote wie ein inklusiver Lauftreff, ein "Erzähl-Café" und Stadtführungen in Leichter Sprache sowie Theaterbesuche für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Im Mittelpunkt des Projekts der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde Reutlingen stand die Verbesserung der Lebensqualität im Quartier durch ehrenamtliches Engagement. Meist auf Initiative einzelner Bürgerinnen und Bürger entstanden so unter anderem ein Besuchsdienst für Ältere sowie verschiedene Angebote im Bereich der Hilfen für Geflüchtete. Daneben konnte das "Jobpaten"-Modell, das Hauptschüler/innen beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt, weiterentwickelt und ausgebaut werden. Als wichtiger Anknüpfungspunkt zur Gewinnung Engagierter haben sich dabei die eigens konzipierten Bildungs- und Qualifizierungsangebote erwiesen.

In Kooperation mit örtlichen Unternehmen hat die Parität in Heidelberg Angebote weiterentwickelt, um speziell Mitarbeitenden, die sich im Übergang in den Ruhestand befinden, Zugänge zu einem Engagement zu eröffnen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Gewinnung von Botschafter/innen für das Engagement in der ehrenamtlichen Betreuung.

In Lörrach hat der Stadtjugendring gemeinsam mit weiteren Akteuren der Jugendverbandsarbeit ein umfangreiches Bildungs- und Veranstaltungsprogramm entwickelt. Einzelne Module ergänzen nun die Jugendleiter-Schulungen; zugleich können mit weiteren Angeboten gezielt Gruppierungen angesprochen werden, die in vielen Vereinen bislang kaum vertreten sind. Zur besseren Integration von Geflüchteten und Zugewanderten sind im Projekt der Caritas in Aulendorf zahlreiche ehrenamtlich getragene Angebote neu entstanden. Daneben wurden verschiedene Veranstaltungen, unter anderem zu den Aspekten "Teilhabe am sozialen Leben", "Berufliche

Integration" und "Interkulturelle Kompetenz", durchgeführt. Schwerpunkte des Projekts der AWO in Singen waren die Prävention von Kinderarmut und die Stärkung von Familienstrukturen im Quartier "Südstadt". Dazu wurden zahlreiche Kontakte vertieft und neue Kooperationen, unter anderem mit den örtlichen Sportvereinen, aufgebaut. Daneben haben sich verschiedene ehrenamtlich getragene Angebote wie ein 'Lese-Club' für Kinder, ein regelmäßiges Elternfrühstück an der Stadtteilschule sowie Angebote zur Lernförderung etabliert.

Bei einem abschließenden Auswertungstreffen zogen die Projekte hinsichtlich des Erreichten eine sehr positive Bilanz. Auch mit Blick auf die weiteren Perspektiven gab es vielerorts schon frühzeitig konkrete Planungen und Absprachen, um die jeweiligen Kooperationen und Aktivitäten auch über das Ende des Programms hinaus fortführen zu können.

Weitere Informationen: Albrecht Ottmar, Teamleiter Freiwilliges Engagement, Tel.: 0711 1656-316, E-Mail: ottmar.a@diakonie-wue.de

Diakonie Journalistenpreis 2018 ausgeschrieben**Die Diakonie in Baden-Württemberg schreibt zum 16. Mal ihren Journalistenpreis aus. Einsendeschluss ist der 30. April.**

Stuttgart. Die Diakonie würdigt mit ihrem Journalistenpreis die differenzierte Berichterstattung über soziale Themen. Neben den Preisen für die beste Fernseh-, Hörfunk- (kurz/lang) und Printproduktion wird erneut ein Preis für den Bereich Onlinepublikation vergeben. Insgesamt geht es um Preisgelder in Höhe von 12.500 Euro. Der Diakonie Journalistenpreis ist einer der größten Preise für sozialpolitische Berichterstattung in Deutschland.

Journalistinnen und Journalisten können sich um die Preise mit ihren Beiträgen bewerben, wenn diese zwischen April 2017 und April 2018 entstanden sind. Die Beiträge müssen einen Bezug zu Baden-Württemberg haben. Mit dem Journalistenpreis zeichnet die Diakonie sachlich fundierten Journalismus aus. Gestiftet wird der Preis gemeinsam von den beiden evangelischen Wohlfahrtsverbänden sowie diakonischen Einrichtungen aus ganz Baden-Württemberg.

Die Preisverleihung findet am 15. November 2018 in Karlsruhe statt.

2017 hatten sich Journalisten aus ganz Deutschland mit insgesamt mehr als 130 Beiträgen beworben. Gewonnen haben Beiträge der Waiblinger Kreiszeitung, der Schwäbischen Zeitung und des Südwestrundfunks.

Weitere Informationen und die Ausschreibungsunterlagen finden Sie im Anhang und im Internet unter www.journalistenpreis-diakonie.de.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

„Good Governance mit dem neuen Diakonie-Kodex“

Die diesjährige Tagung für haupt- und ehrenamtliche Vorstände und Vorsitzende von Aufsichtsgremien hatte in diesem Jahr das Thema: „Führen in Zukunft – Good Governance mit dem neuen Diakonie-Kodex“.

Stuttgart. In seiner Begrüßung der knapp 100 Teilnehmenden benannte Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, für den Titel „Führen in Zukunft“ zwei Ebenen. Es gehe darum, „wie wir in Zukunft führen“, also wie die Diakonie zukunftsfähig gemacht werden kann. Außerdem, wie Führung und Leitung in Zukunft aussehen kann. Hier solle der Ort sein, an dem die Verantwortlichen in der Diakonie über Zukunftsfragen der Diakonie nachdenken.“

Der Corporate Governance Kodex (CGK), der von der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werks Württemberg im Oktober 2017 verabschiedet wurde, ist zentrale Grundlage für das auf Zukunft hin ausgerichtete Handeln in diakonischen Unternehmen. Die Tagung sollte laut Kaufmann alle Verantwortlichen einladen, die unterschiedlichen Gesichtspunkte des CGK zu diskutieren und so einen gemeinsamen Prozess für die Umsetzung auf der Ebene der Träger, Einrichtungen und Dienste zu beginnen. „Jesus Christus ist und bleibt die Zukunft der Kirche“ sagte Kaufmann. Diese Mahnung Bonhoeffers gelte es immer wieder in Erinnerung zu rufen. Er sei überzeugt, dass gemeinsame Schritte zur Anwendung des Corporate Governance Kodex die Zukunftsfähigkeit von Kirche und Diakonie deutlich verbessern.

In seiner Einführung erläuterte Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand im Diakonischen Werk Württemberg die neuen Akzente des Corporate Governance Kodexes von 2017. Als wichtige Bausteine seien u.a. neu aufgenommen worden die Einführung eines Compliance Management Systems, die Verortung der Nachhaltigkeit, Transparenzregeln und die Chancengleichheit der Geschlechter.

Die Mitgliederversammlung hat diesen Corporate Governance Kodex als freiwillige Selbstverpflichtung beschlossen. Vorteile einer konsequenten Anwendung dieser Regeln sieht Bachert vor allem in einem optimierten Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente, der Vermeidung von Insolvenzen und der Stärkung des öffentlichen Vertrauens in die Managementkompetenzen diakonischer Unternehmen. Dies könne Vorteile bei der Spendenakquise und beim Rating der Banken bedeuten.

Dr. Bernhard Mutschler, Professor an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, entwickelte in seinem Impuls neutestamentliche Perspektiven für Verantwortliche und Leitungsgremien in Kirche und Diakonie. Im Rangstreit unter den Jüngern in Markus 10, 35-45 habe Jesus eine grundsätzliche Position zu Verantwortung und Leitung formuliert: „Wer unter euch der Erste sein will, der soll aller Knecht sein.“ (Mk 10, 44) Mit der Umkehrung aller

menschlichen Machtverhältnisse sei nicht nur ein Perspektivwechsel verbunden, sondern ein grundsätzlicher Positionswechsel. Nach diesem Wort Jesu ist laut Mutschler Leitungshandeln immer verbunden mit einem „Emporschauen zu anderen“. Christliches Leitungshandeln basiere auf diesem Fundament der Nachfolge Jesu Christi. Verantwortung in einer kirchlichen und diakonischen Leitungsposition sei daran zu orientieren, so Mutschler. Im Horizont der biblischen Exegese sieht Mutschler es als eine genuine Führungsaufgabe in einem diakonischen Unternehmen an, zur Reflexion über Kommunikationsstrukturen und übergeordnete Unternehmensziele anzuleiten.

Der auf Corporate Governance spezialisierte Unternehmensberater Matthias Wendt erläuterte, dass die unternehmensinterne Kommunikation und Unternehmenskultur zentrale Grundlage für gute Corporate Governance im Sinne guter Regeln der Unternehmensführung sind. Als dessen wichtiges Element zielt das Compliance Management auf die Sicherstellung der Einhaltung aller externen Vorgaben, internen Richtlinien sowie freiwillig eingegangener Selbstverpflichtungen. Die Entwicklung einer Compliance-Kultur in einem Unternehmen erfordere ein Lernen der Mitarbeitenden. Im Rahmen eines Compliance Managements seien sie mit interaktiven Arbeitsformaten (Schulungen, Risikoanalyse-Workshops) emotional anzusprechen. Für die Wirksamkeit des Compliance Managements sei es zudem wichtig, dass dieses immer im Zusammenhang und in Wechselwirkung mit weiteren Elementen der Corporate Governance wie Qualitätsmanagement, Risikomanagement, Controlling und Interner Revision betrachtet werde.

In einer Schlussrunde betonte Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg, dass nicht alle Punkte auf einmal zu realisieren sind. Entscheidend sei aber, sich auf den Weg zu machen. Die Führungskultur des Good Governance sei keine Checkliste, die man einfach abhaken kann, so Armbruster, sondern eine Kultur, die es gemeinsam zu entwickeln gelte. Als wichtigen Punkt nannte sie das Thema Chancengerechtigkeit in Aufsichtsgremien.

Prof. Dr.-Ing. Corinna Salander, Universität Stuttgart, stellte das Netzwerk FidaR (Frauen in den Aufsichtsräten) vor, das sich auch auf politischer Ebene für mehr Chancengleichheit einsetzt. Sie begrüßte die beiden Initiativen der württembergischen Diakonie einen Pool von Führungsfrauen für die Mitarbeit in Aufsichtsgremien zu etablieren und über einen Gaststatus Nachwuchskräfte für die Aufsichtsarbeit zu gewinnen. Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Vorsitzende des Präsidiums des Diakonischen Werks Württemberg, empfahl den Leitungsgremien, sich ausführlich mit der Frage zu beschäftigen, mit welchen Personen sie künftig Leitungsverantwortung wahrnehmen möchten. Ihre Einschätzung: „In Zukunft brauchen wir mehr Vielfalt.“

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Hoffnung für Osteuropa – Reise nach Samara in Russland

Auf Einladung der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Samara und Pröbstin Olga Temirbulatova reiste eine Delegation der Diakonie Württemberg vom 11.2. bis zum 15.2.2018 nach Russland.

Stuttgart/Samara. Ziel der Reise war der Besuch von zwei diakonischen Projekten in Samara und Togliatti, die auch dieses Jahr wieder durch die Aktion Hoffnung für Osteuropa (HfO) unterstützt wurden. Samara ist Partnerstadt der Stadt Stuttgart.

In Samara bietet die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde gemeinsam mit der benachbarten Gemeinde der Russisch-Orthodoxen Kirche in den Wintermonaten einen Mittagstisch für obdachlose und arme Menschen an.

Die evangelisch-lutherische Gemeinde in Togliatti ist auf beeindruckende Weise eine inklusive Gemeinde. An drei Werktagen sind die Gemeinderäume Werkstatt für junge Menschen mit Behinderung und deren Mütter Begegnungstätte und Beratungsstelle, an den Sonntagen wird in den selben Räumen gemeinsam Gottesdienst gefeiert. Familien mit Menschen mit Behinderung finden in der Gemeinde Heimat und bilden inzwischen einen wesentlichen Teil der Gemeinde. Die Mütter arbeiten in der Nähwerkstatt mit und erfahren in der Gruppe Hilfe zur Selbsthilfe.

An der Reise nahmen Vertreter des Präsidiums (Dekan Ottmar) und des Verbandsrats (Frau Arndt, vj) sowie Journalisten der evangelischen Medien Öffentlichkeitsarbeit (Gemeindeblatt, epd) teil.

Seit HfO an Karfreitag nicht mehr Pflichtopfer, sondern nur noch empfohlenes Opfer ist, muss die Internationale Diakonie verstärkte Anstrengungen zur Werbung für HfO unternehmen, denn die Herausforderungen sich für teilhabe- und hoffnungsstiftende Projekte in Osteuropa einzusetzen, sind in den 25 Jahren, in denen es Hoffnung für Osteuropa gibt, nicht kleiner geworden.

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger, Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzingerb@diakonie-wuerttemberg.de

„Grüne Tagung“ – Gärtner, Landwirte und Landschaftspfleger in Marienberg

Rund 30 Mitarbeitende aus den Bereichen Landwirtschaft, Landschaftsgartenbau, Erwerbsgartenbau und Landschaftspflege von diakonischen Einrichtungen in Württemberg kamen vom 07. bis 09. Februar zur „Grünen Tagung“ in Marienberg zusammen.

Gammertingen-Marienberg (zr). Auf dem Programm stand neben einem regen fachlichen Austausch über aktuelle Themen insbesondere ein Fortbildungstag zum Thema „Zeitmanagement“ im Mittelpunkt der Veranstaltung. Unter der Anleitung des Trainers und Moderators Dr. Jochen Currlé aus Guggenhausen, wurden die Teilnehmenden für die Gefahren der Überbelastungen im eigenen Arbeitsumfeld sowie ein effektives Gegensteuern geschult. „Die Betreuung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und das gleichzeitige Betreiben eines „grünen Unternehmens“! Das ist, jedes für sich, eine Tätigkeit, die Überlastung und Überbeanspruchung einprogrammiert hat“, so Dr. Currlé. „Ein guter Umgang mit den eigenen Zeit und Kraftressourcen ist daher unerlässlich, um zu einer inneren Distanz zu kommen und den eigenen Zeit- und Krafthaushalt nicht über zu beanspruchen.“

An den beiden anderen Fortbildungstagen gab es intensive Einblicke für alle Beteiligten in die Gärtnerei und den Landschaftsgartenbau von „grün³“, dem dafür zuständigen Geschäftsfeld der Mariaberger Bildung & Service GmbH (B&S), die in Gammertingen und der ganzen Region ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten. Die B&S ist eine Tochtergesellschaft der diakonischen Einrichtung Marienberg e.V. Auch die gesamte Speiserversorgung der Tagung sowie der Betrieb des Gästehauses in Marienberg gehören zum Tätigkeitsbereich der B&S. Die Mariaberger Werkstätten, eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM), organisierten zudem eine Führung durch ihre Bioland-Landwirtschaft mit Angusrinderzucht und Schweinemast.

Matthias Kneißler, Diakonisches Werk Württemberg und Wolfgang van Aken, Jugendhilfe Hoffmannhaus Wilhelmsdorf, die die „Grüne Tagung“ seit Jahren organisieren zeigten sich begeistert über die besondere Atmosphäre und die gelungene Durchführung der Tagung in Marienberg „Die Meßlatte für die kommenden ‚Grünen Tagungen‘ wurde sehr hoch gelegt, wir haben die Zeit in Marienberg in vollen Zügen genossen.“

Weitere Informationen: Tamara Geiselhart, Stabsabteilung Kommunikation, Marienberg e.V., Tel.: 07124 923-218, E-Mail: t.geiselhart@marienberg.de

Video-Home-Training®-Kurs: Erziehen durch guten Kontakt

Kurs hilft, neue Umgangsformen zwischen Eltern und Kindern einzuüben.

Sigmaringen. Wie schaffe ich in meinem Zuhause eine freundliche Atmosphäre? Wie setze ich meinen Kindern Grenzen, die sie einhalten können? Antworten auf solche und weitere Fragen finden Eltern in dem Kurs „Erziehen durch guten Kontakt“. Die sechsteilige Kursreihe beginnt am 6. April 2018 und findet Sigmaringen statt.

Im Zentrum des Kurses steht die Anwendung einer effektiven pädagogischen Methode, dem sogenannten Video-Home-Training®. Anhand von Videoaufnahmen lernen die Teilnehmenden, ihr Erziehungsverhalten zu reflektieren. Ziel ist es, die Wahrnehmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu schulen, und das eigene Elternverhalten zu überprüfen. Das Einfühlungsvermögen wird trainiert, und das Verhalten der Eltern gegebenenfalls stärker auf die Bedürfnisse des Kindes ausgerichtet. Das Video-Home-Training® ist eine anerkannte Methode, um gemeinsam mit Familien erzieherische Kompetenzen zu fördern. „Auch der Austausch der Eltern untereinander ist ein wichtiger Bestandteil dieses Angebotes“, betont Kursleiterin Gudrun Scheuerle.

Das Angebot richtet sich an Eltern, Alleinerziehende, Eltern mit Erziehungsunsicherheiten sowie Eltern in besonderen Lebenslagen. Der Kurs wird im Rahmen des Landesprogramms „STÄRKE“ in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Sigmaringen und der Mariaberger Ausbildung & Service gemeinnützige GmbH angeboten und ist für die Teilnehmenden kostenfrei.

Weitere Informationen: Gudrun Scheuerle, Tel.: 07571 74 86-0 oder per E-Mail: g.scheuerle@mariaberg.de

Kurznachrichten

Esslingen. Gerlinde Kretschmann und Oberkirchenrat Dieter Kaufmann haben sich bei der Eröffnung der diesjährigen, zehnten Esslinger Vesperkirche engagiert. Die Schirmherrin der Vesperkirchen in Württemberg freute sich, bei diesem Angebot, das unter dem Motto „Gemeinsam an einem Tisch“ steht, mithelfen zu dürfen. „Hilfe muss ein Gesicht bekommen“, sagte sie in der Frauenkirche. Ihre Erfahrung bei der Mithilfe bei anderen Vesperkirchen: „Kleine Gesten reichen oft, dass sich die Gäste beglückt fühlen.“ Oberkirchenrat Dieter Kaufmann sagte in seiner Predigt, dass einmal die Not zu sehen bedeutsamer sei als tausendmal davon zu hören. Für ihn sind Vesperkirchen Orte der Begegnung und des Gottesdienstes sowie „ein Zeichen gegen Armut und Ausgrenzung“. Er hatte 2009 als Dekan die Esslinger Vesperkirche mit gegründet. 78.735 Essen wurden in den vergangenen neun Jahren in der Vesperkirche Esslingen ausgegeben, 450 Kilogramm Kaffee verbraucht und 9043 Kuchen gespendet. Auch zum zehnjährigen Jubiläum erwarten über 400 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich zwischen 300 und 550 Besucher. Das Angebot besteht bis 18. März 2018. cm

Deggenhausertal. Wöchentlich wird der Fernsehgottesdienst „Die Stunde des Höchsten“ von einem Team professioneller Dolmetscherinnen und Dolmetscher in Deutsche Gebärdensprache übersetzt. Damit haben die ca. 100.000 Gehörlosen in Deutschland die Möglichkeit, Gottesdienste in ihrer „Muttersprache“ zu feiern. Dieses Engagement wird vom Fonds des Aktionsplans „Inklusion leben“ von Evangelischer Landeskirche und Diakonie in Württemberg mit 60.000 Euro gefördert. Der Fonds unterstützt die Vielfalt in Kirche und Diakonie und will damit Menschen und Institutionen verändern. Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, überreichte im Gottesdienst persönlich den Scheck. Zudem wurde mit dem Gottesdienst die Sanierung der „Kapelle auf dem Höchsten“ gefeiert, die durch Spenden möglich war. pm

Stuttgart. Das Ministerium für Soziales und Integration fördert erneut die Zusammenarbeit von Suchthilfe und Jugendhilfe für eine bessere Hilfe für Kinder suchtkranker Eltern. Im Rahmen der bundesweiten „Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien“ fällt der Startschuss für das Projekt mit einer Auftaktveranstaltung am 15. Februar in Rastatt. SCHULTERSCHLUSS II. Das Ministerium für Soziales und Integration fördert nun erneut das Projekt SCHULTERSCHLUSS mit rund 48.000 Euro, damit den Kindern und Jugendlichen durch eine bessere Zusammenarbeit und verbindlichere Kooperation von Suchthilfe und Jugendhilfe effektiver geholfen wird. „Sucht ist nicht nur ein individuelles Problem, sondern auch ein gesellschaftliches. Deshalb fördern wir erneut die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Suchthilfe. Wenn wir die Kinder frühzeitig unterstützen, ist das die beste Suchtprävention“, sagte der Minister für Soziales und Integration Manne Lucha. pm

Personalnachrichten

Prof. Dr. **Traugott Schächtele** ist neuer Aufsichtsrat des Diakonischen Werks Baden. Der 1957 in Wolfenweiler geborene Theologe ist Prälat für den Kirchenkreis Nordbaden der Evangelischen Landeskirche. Der Aufsichtsrat ist eines der wichtigsten Entscheidungsorgane des evangelischen Wohlfahrtsverbandes. Er besteht aus insgesamt 16 Mitgliedern. Sie werden in freier und geheimer Wahl bestimmt, bzw. von Landesynode und Evangelischem Oberkirchenrat delegiert. Dem Aufsichtsrat gehören an neun Mitglieder der Diakonischen Konferenz, ein Bezirksdiakoniepfarrer, vier Mitglieder der Landessynode und zwei Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrates. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrats gehören u.a. die Aufnahme und der Ausschluss von Mitgliedern sowie die Beratung und Beaufsichtigung des Vorstands. Der Aufsichtsrat beruft außerdem die Mitgliederversammlung und die Diakonische Konferenz ein und legt deren Tagesordnungen fest. Der Aufsichtsrat ist für eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt. pm